

Der Arbeiter

30 Pfennige

Neunter Jahrgang — Nummer 48

Berlin, Montag, den 28. November 1927

Müßige Kombinationen.

Der französisch-jugoslawische Freundschafts- und Schiedsgerichtsvertrag hat die Gemüter in Italien sehr erregt und die Stimmung, die gegen Frankreich und Jugoslawien seit langem unfreundlich war, noch verschlechtert. Die sehr offene Sprache der offiziellen Presse Mussolinis und der jetzt veröffentlichte Wortlaut des italienisch-albanischen Bündnisses erschrecken die Pazifisten aller Länder und entsetzen wilde Kombinationen in der großen Politik. In verschiedenen Lagern Deutschlands konnte man hören, daß die Verschärfung des französisch-italienischen Gegensatzes uns endlich die große Chance bringen werde, um aus dem Kreislauf unserer Erfüllung- und Verständigungspolitik auszubrechen, mit der Hoffnung auf Freiheit.

In diesem Zusammenhang kann festgehalten werden, daß sich tatsächlich einflußreiche jugoslawische Kreise um ein Bündnis mit Deutschland bemüht haben und auch nach dem Abschluß des jugoslawisch-französischen Vertrages ein solches Bündnis noch anstreben. Andererseits glaubt man Zeichen einer Annäherung in der Politik Mussolinis konstatieren zu können, während allerdings von Paris her noch kein anderer Wind weht; die deutsch-französische Politik läuft leer. Solange das so bleibt, haben aber etwaige Seiten Mussolinis nur geringe Bedeutung.

Unsere Kombinationskünstler vergessen Verschiedenes. Sie erinnern sich nicht einmal der jüngsten Vergangenheit, die mit dem Weltkrieg doch gezeigt hat, daß ein Krieg einer großen Macht nicht isoliert bleiben kann, sondern die Welt hineinzieht. Ein italienisch-französischer Krieg kann heute nichts anderes mehr sein als ein zweiter Weltkrieg. Und selbst ein italienisch-jugoslawischer Krieg müßte ein Weltkrieg werden. Weil aber jede kriegerische Konsequenz europäischer Gegensätze diese Expansion haben würde, ist es auch ausgeschlossen, daß in der Entwicklung dieser Gegensätze nicht die ganze Welt beteiligt ist, sei es in der Absicht, die ultima ratio des Krieges zu vermeiden, sei es in der Berechnung, für den Fall der Anwendung dieser ultima ratio einen Platz so ausnützlich wie möglich zu sichern. Wie kann man sich Kombinationen über den franz.-italienischen Gegensatz hingeben, ohne gleichzeitig die englische Politik in die Rechnung einzubeziehen? Wie will man Deutschland diesem Gegensatz gegenüber eine Politik empfehlen, ohne daran zu denken, daß wir Polen als Nachbarn im Osten haben! Und glaubt man endlich, europäische Auseinandersetzungen können gewagt werden, ohne an die Möglichkeiten des Bolschewismus von Sowjetrußland aus zu denken? Wer diese Umwelt vor Augen hat, der erkennt zunächst, daß Europa noch keinesfalls wieder kriegsreif geworden ist, was ihm übrigens auch von Amerika gelegentlich sehr deutlich zur Erinnerung gebracht werden dürfte, und der weiß weiter, daß der französisch-italienische und der italienisch-jugoslawische Konflikt nur Ausschnitte sind aus der gährenden Konfliktmasse, die allein schon das Durcheinander der west- und südeuropäischen Imperialismen ist. Diese Masse ist in Gärung, aber die Gefahr der Explosion ist noch nicht da. Was sich ausschnittsweise im Widerstreit der Imperialismen ereignet, ist wohl nicht mehr als Feuerwerk.

Die Welt bis zum Krieg war politisch verhältnismäßig leicht zu begreifen. Damals schien auch Deutschland einen materiellen Imperialismus zu pflegen; wenigstens wurde seine Politik als einfache Konkurrenz zum englischen Imperialismus verstanden. Und aus diesem führenden Gegensatz zwischen deutschem und englischem Imperialismus ergab sich die Gruppierung, durch die Deutschland eingekreist wurde. Zwar dominiert noch immer der Imperialismus Englands; daneben steht der Frankreichs auf. Vom englischen weniger als Konkurrenz empfunden deswegen, weil sich die Expansionslinien beider Imperialismen nicht gefährlich schneiden, wie einst die Deutschlands mit denen Englands. Aber neben den Imperialismen alten Stils wie sie England und Frankreich vertreten, sind Bewegungen und Kräfte aktiv geworden, die man nicht ohne weiteres unter den Begriff des Imperialismus subsumieren kann: die amerikan. Finanzherrschaft, die bolschewistische Weltrevolution, der Herrschaftsgebilde des Faschismus. Und unter Tag lebt der deutsche Reichsgedanke.

Der Geschichtsphilosoph möchte gern glauben, daß die großen Entscheidungen der Zukunft vom Gegensatz der alten Imperialismen zu den neuen geistig-politischen, bzw. materiell-wirtschaftlichen Bewegungen und Kräften bestimmt sein werden, daß durch diese Bewegungen und Kräfte eine

Aus dem Inhalt:

- Müßige Kombinationen
- Landwirtschaftliche Fragen des Ostens
- Von F. E. v. Zizewitz-Kottow
- Ecce: Europa!
- Von Dr. Walther Schotte
- Die evangelischen Domstifter in Gefahr
- Von Adalbert Erler
- Litauen und Polen
- Von Georg Schröder
- Kritik der Presse

neue Gruppierung der Mächte jetzt schon im Werden ist. Die Möglichkeit dazu soll nicht bestritten werden; aber die Anfänge neuer Fronten, wenn sie da sein sollten, sind doch so klein, daß sie dem Auge des gegenwartspolitikers kaum erkennbar sind. Zum mindesten müßte die Politik das Prinzip dieser Frontbildung von sich aus bejahen, damit Anfänge davon wenigstens versucht werden können.

Nun ist theoretisch denkbar, daß der Faschismus mit jener römischen Idee, die nicht imperialistisch im alten Stil ist, wie die Machtbestrebungen Frankreichs und Englands, — mit dieser römischen Idee, die organisch und konservativ sein will, sich im Lager der Gegner des französisch-italienischen Imperialismus auch außenpolitisch anstellen wird. Aber Mussolini begnügt sich bisher damit, diese Gegnerschaft in staatspolitischer Hinsicht zu betonen, als Gegnerschaft gegen Demokratie, Liberalismus, westliche Zivilisation, nicht als etwas, was Italien und den Westen auch außenpolitisch trennen müßte. In unseren Geschichtsbüchern ist die Zeit der heiligen Allianz, zu der sich die drei östlichen Monarchien nach dem Abschluß der Kriege gegen die Revolution und Napoleon 1815 zusammenfanden, immer ziemlich schlecht weggekommen, sogar etwas lächerlich behandelt worden. Es war doch in dieser Metternich'schen Idee ein richtiges außenpolitisches Prinzip, das die Mächte gleichen inneren Aufbaues, verwandter staatspolitischer Ideologien auch außenpolitisch zusammenzuweisen wollte gegen die destruktiven Tendenzen der Revolution und ihres Imperialismus. Freilich kann Mussolini fragen, wo denn heute in der Welt — außer in Italien — ein staatspolitisches Wollen da wäre, das aus konservativem Geist die Prinzipien der Ordnung, des Dienstes und der Herrschaft anerkennt. Aber diese Frage braucht von Deutschland solange nicht mit: hier! beantwortet zu werden, als das dem konservativen Prinzip im Innern dienende Italien sich in der Reihe der liberalistischen, machtpolitischen Zerstörer des Westens befindet und die Unordnung für tragbar hält, die durch den Vertrag von Versailles im Osten Europas entfesselt ist. Die polnische Frage ist nur einer der Prüflinge für die Gesinnungen, ob sie sich treffen, oder sich voneinander entfernen, ob man eine europäische Ordnung will aus dem Geist der Geschichte und nach der Kraft der Lebenden oder eine Unordnung durch die Zerstörung lebendiger Kräfte und aus dem Widerspruch zu geschichtlichen Notwendigkeiten, um zufällig erbeutete Macht eines europäischen Katastrophenjahres festzuhalten.

Man wird nicht annehmen können, daß die Wirren auf dem Balkan, die jetzt noch durch den Tod Vlatianus vermehrt werden wird, die Entscheidung bringen wird, in der die Unordnung von heute zugrunde geht und die Neuordnung entsteht. Wir müssen uns doch darüber klar werden, daß es Deutschland und die deutsche Frage ist, an der allein sich das Schicksal Europas weiterentwickeln kann, nicht aber der italienisch-jugoslawische und auch nicht der italienisch-französische Konflikt. Es ist diese Erkenntnis, die uns zur Aktivität in der Außenpolitik verpflichtet, zu einer Aktivität aber, die von uns ausgehen muß und nach eigenem Plan, und die nichts gewinnen würde, wenn man sie in die peripherischen Konflikte der anderen projiziert.

Landwirtschaftliche Fragen des Ostens.

Von F. E. v. Zizewitz-Kottow.

Man ist sich einig über die überaus angespannte Lage der Landwirtschaft im Osten des Reichs. Ihre Verschuldung ist, am Vorkriegs-Kaufwert gemessen, in manchen Provinzen bereits auf 40 bis 60 Prozent der Substanz angelangt. In Ostpreußen fehlt bereits der Gütermarkt. In weiten Teilen ist es schon sicher, daß die im Zuge einer ordnungsmäßigen Bewirtschaftung liegenden Aufwendungen für die Frühjahrsbewirtschaftung nicht mehr übernommen werden oder übernommen werden können. Die Produktionskraft biegt in eine zunächst allmählich, dann steil abfallende Kurve. Zur Zeit werden für 3 Milliarden Lebensmittel jährlich importiert, je nach Sachverstandnis und Temperament bleibt dem Einzelnen überlassen zu schätzen, welcher Mehrimport an Lebensmitteln wahrscheinlich ist. Selbst die Freunde eines erheblichen Auslandskredits, die eine stark ansteigende Auslandsverschuldung für zweckmäßig, oder zum mindesten für angefahrlich halten, kommen nicht recht an der Ueberlegung vorbei, ob die Voraussetzung notwendig ist, daß neben den sonstigen Auslandsverpflichtungen die Kredite für einen steigenden Lebensmittel-Import zur Verfügung stehen werden. Daß Auslandskredite für Lebensmitteleinfuhr nicht gerade unter die produktiven Anlagen zu rechnen sind, ist wohl auch nicht bestritten. Daß es zum mindesten richtig ist, diese Seite der passiven Handelsbilanz nach Möglichkeit auszugleichen, wird — jedenfalls in Form eines mit Wärme ausgesprochenen Wunschwortes — meistens anerkannt. Die Ueberlegung des Sprichwortes: „Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.“ ins Parlamentarische heißt: Wo 20 Beschlüsse sind, kann man sich hinter noch mehr Kompromissen vertrieben. Im übrigen gibt es Partei-Programme und in ihnen ist stets etwas über nachhaltige Förderung der Landwirtschaft zu lesen. Inzwischen hält die große Lehre, täglich durch den Zusammenbruch intensiver und aufs beste geleiteter Betriebe gestützt, ihre Ernte: Daß die modernen Ertrungenschaften neuzeitlicher Ackerwirtschaft und intensiver Maschinen- und Düngereinsatz sich nur noch für einen Teil besonders marktgünstig gelegener Landwirtschaft rechtfertigen. Der Osten verzehrt zwischen 14 und 20 Prozent seiner Substanz jährlich in dem Warten auf Hilfe, Konjunktur, Einsicht der anderen und das Wunder eigener politischer Erntearbeit. Die bekanntesten Druckmittel auf den parlamentarischen Staat sind für die Landwirtschaft unanwendbar. Man wartet solange auf den Zusammenbruch, der im übrigen heute schon zahlenmäßig abzulesen ist, bis der Wiederaufbau die Arbeit einer Generation dauert und nebenbei um ein vielfaches teurer ist, als heute eine durchgreifende Hilfe kosten würde. Es ist keine Koalition, ob sie nun aus Weimar oder Potsdam II ihren Ausgangspunkt nimmt, um die Aufgabe zu beneiden, eines Tages vor der nackten Frage ausreichender Lebensmittelforschaffung zu stehen. Inzwischen mehrten sich die praktischen Beschlüsse zur Heilung. Daß im Vordergrunde die Siedlung steht ist ganz selbstverständlich. Welches landwirtschaftliche Uebel ließe sich nicht durch theoretische Siedlung heilen! Dabei ist leider die Gefahr vorhanden, daß man nicht nur die landwirtschaftliche Produktion, sondern auch die Siedlung verdirbt! Wenn nach den Ermittlungen des Deutschen Landwirtschaftsrates im Durchschnitt von Ostpreußen, Pommern, Schlesien, Brandenburg und Mecklenburg der häuerliche Besitz je Hektar im Jahre 1925/26 noch 13,4 RM. Reinertrag gehabt hat, von denen aber nach weiteren Feststellungen je Hektar 13,10 RM. Schuldenzinsen abgehen, so zeigt sich für eine durchschnittliche Betriebsgröße von 50 bis 60 Morgen das häuerliche jährliche Einkommen des Wirtschaftsinhabers zusammen aus:

800,—	RM. Arbeitslohn
405,60	Naturalien aus der Wirtschaft
136,—	„ „ Mietswert der Wohnung und
4,20	„ „ Reinertrag

insges. also 1345,80 RM.

Welche den Binnenmarkt stützende Kaufkraft erwartet man eigentlich von diesem etwa auf 50 bis 60 Prozent des Lohnes eines Dortmunder Hüttenarbeiters stehenden Einkommen? Inzwischen ist die Verschuldung in Pommern, namentlich die der häuerlichen Betriebe, um etwa 20 bis 28 Prozent, in Ostpreußen um 22 Prozent, aber, um auch ein Beispiel aus dem Westen anzuführen, in der Goester Börde um 16 Prozent im Wirtschaftsjahr 1926/27 gestiegen. Welcher Ruheeffekt soll eigentlich aus der Siedlung herauspringen, wenn zu den allgemeinen Unkosten nun noch 25 bis 30 RM. Rentenleistungen je Hektar hinzukommen? Glaubt man wirklich, daß — von einigen besonders günstigen Fällen abgesehen — das Glück für die Landwirtschaft durch die Tatsache zu teurer Hofbauten auf bisher unrentablem Acker entsteht! Dabei darf nicht unerwähnt bleiben, daß die Ernten des größeren Besitzes um 5,6 Prozent je Hektar an Getreide, um 31,6 je Hektar an Kartoffeln und um 890 Str. Milch je Kuh und Jahr höher sind, als beim Klein-

Das „Gewissen“

wolle man entweder bei der eigenen Postkastell besitzen; in diesem Falle beträgt der monatliche Bezugspreis eine Mark. Oder beim Verlag; dieser liefert das „Gewissen“ unter Streifenband gegen einen monatlichen Bezugspreis von 1,25 RM.

Ring-Verlag G. m. b. H., Berlin W 30, Köpenicker Str. 22.